



Wie Flucht gemacht wird

Fluchtursachen
und die Verantwortung
Deutschlands

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 6128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Heike Hänsel, MdB; Jan Korte, MdB

Verfasserinnen und Verfasser: Heike Hänsel, Niema Movassat,
Sevim Dağdelen, Annette Groth

Manuel Faber, Alexander King, Uwe Hixsch,
Rüdiger Göbel, Andreas Grünewald,
Harald Neuber, Nicolai Röschert, Kim Weidenberg

Layout/Druck: Fraktionsservice

Stand: 6. Juli 2016

Titel: [14textures.com](https://www.14textures.com) • [istockphoto.com](https://www.istockphoto.com)/Martin Wimmer

Bilder: [Tuca Vieira](https://www.tucavieira.com), [wikipedia.org](https://www.wikipedia.org) (3), [indiawaterportal.org](https://www.indiawaterportal.org), [istock](https://www.istock.com)

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

160617

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 2 |
| Fluchtgrund 1 Armut, Reichtum und globale Ungleichheit | 5 |
| Fluchtgrund 2 Tödlicher Freihandel | 10 |
| Fluchtgrund 3 Hunger und Agrarkonzerne | 16 |
| Fluchtgrund 4 Kriege, Terror und Militarisierung | 22 |
| Fluchtgrund 5 Zugriff auf Rohstoffe und verantwortungslose Konzerne..... | 28 |
| Fluchtgrund 6 Klimawandel | 34 |

Zum Weiterlesen:

Hinter jedem Kapitel finden sich thematisch passende Hinweise zum Weiterlesen. Die Hinweise hier beziehen sich allgemein auf das Thema der Broschüre: Ursachen für Vertreibung, Flucht und Migration. Die Listen beschränken sich auf eine Auswahl der wichtigsten Anträge, Entschließungsanträge (EA) Broschüren und Dokumentationen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Anträge, EA können über die angegebene Bundestags-Drucksachenummer (BT-Drs.) über unsere Internetseite gefunden werden, ebenso weitere Parlamentarische Initiativen (Anträge, Anfragen, Pressemitteilungen, etc.): <http://www.linksfraktion.de>

Vorwort

»Fluchtursachen bekämpfen« ist die allgemeine politische Losung und alle scheinen sich hierin einig zu sein. Menschen, die ihre Heimat verlassen und ins Ungewisse fliehen, haben in der Regel handfeste Gründe, warum sie dies tun – und oft haben sie auch keine wirklich andere Wahl: Es ist fast immer eine Flucht vor Armut, Perspektivlosigkeit, Hunger, Kriegen oder Umweltzerstörung. Die Ursachen liegen also tiefer, sie sind systemisch.

Statt die Fluchtgründe an ihrer Wurzel bekämpfen zu wollen, setzt die herrschende politische Klasse in Deutschland und Europa auf einen ungeheuerlichen Etikettenschwindel. Nicht Fluchtursachen werden bekämpft, sondern Fluchtmöglichkeiten und die Flüchtenden selbst. In atemberaubender Geschwindigkeit werden die europäischen Grenzen vorverlagert und abgeriegelt, Diktatoren und Herkunftsländer, die gestern noch wegen ihrer katastrophalen menschenrechtlichen Bilanz am Pranger standen, werden über Nacht zu engen Partnern in der Fluchtverhinderung. Die eigene Mitverantwortung wird ausgeblendet und für die fluchtverursachende Politik gilt: business as usual.

Mit dieser Broschüre benennen wir die Hauptverursacher für Vertreibung, Flucht und Migration ebenso wie die politischen Maßnahmen, die nötig sind, damit den Betroffenen ihr »Recht, nicht migrieren zu müssen« (zurück) gegeben wird – die Voraussetzung wiederum dafür, dass die Zahl der bei uns ankommenden Flüchtenden und migrierenden Menschen auch wirklich abnehmen kann.

Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte im globalisierten Kapitalismus und die damit verbundene Diktatur der Finanzmärkte führen weltweit zu sozialen Verwerfungen. Infolge der Deregulierung staatlicher Ordnungs- und Lenkungs Kompetenzen, sogenanntem Freihandel und Landraub in großem Stil, kam es weltweit zu einer wachsenden Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht ohne demokratische Legitimation und Kontrolle. Dies schafft Armut, Hunger, Perspektivlosigkeit und schürt Konflikte, Kriege und Terror. Jean Ziegler, der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, brachte es mit drastischen Worten auf den Punkt: Wenn jährlich weiterhin Millionen von Menschen an Hunger sterben, obwohl genug Nahrung für alle zur Verfügung steht, ist dies Mord. Wer noch ausreichend bei Kräften ist, flieht vor diesem Elend.

Zur Wirtschafts- und Demokratiekrise trat die ökologische Krise: Der Raubbau an natürlichen Ressourcen, Umweltzerstörung und Klimawandel haben sich verstärkt. In Folge nahm die Zahl der Geflüchteten und Binnenvertriebenen weltweit zuletzt auf 60 Millionen Menschen zu. Die größten Aufnahmeländer liegen bis heute nicht in Europa, sondern im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika.

Das »Recht, nicht migrieren zu müssen«

Oft werden die Menschenrechte von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten einzig in Bezug auf ihre Rechte als Immigranten in den Aufnahmeländern diskutiert. Für die meisten Menschen weltweit gibt es jedoch zu Flucht und Migration keine Alternative – jedenfalls nicht, solange ihr Recht, zu Hause und auf ihrem Land zu bleiben, das heißt, nicht migrieren zu müssen, de facto nicht besteht beziehungsweise täglich aufs Neue in Frage gestellt wird. Seit Bestehen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA nimmt die Zahl der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und Indigenen, die ihr Land und ihre Lebensgrundlage durch Landraub und Agroindustrie verlieren, stetig zu. Freihandelsabkommen wie die »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« (EPA) stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit Vertreibung, Kriminalisierung und der Ausbeutung einer zunehmenden Zahl von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern.

Aus der Perspektive der Migrantinnen und Migranten ist das »Recht, nicht migrieren zu müssen« zentral. Dafür braucht es in ihren Heimatländern eine funktionierende Basisinfrastruktur im Gesundheits-, Bildungs- und Ernährungsbereich ebenso wie ein Einkommen, das ein Leben in Würde ermöglicht. Wäre dieses Recht gewährleistet, müsste niemand sein Leben riskieren, um seine Heimat gegen ein unbekanntes Lebensumfeld einzutauschen.

Kriege und Terror führen zu Flucht. Aber kaum jemand hinterfragt, wie es zu der zunehmenden Gewaltspirale überhaupt kommt. Stattdessen wird der Brandbeschleuniger noch als Feuerlöscher verkauft: Waffenlieferungen und Militarisierung westlicher Außenpolitik und immer neue gewalttätige Interventionen. Vielfach geht es dabei um nichts weiter als eine immer aggressivere Strategie der Sicherung des Zugriffs auf Rohstoffe: Freihandel, Waffen und Interventionen als Brecheisen zur Öffnung der Türen zu den Märkten und Schatzkammern der Länder des Globalen Südens. Das waren auch schon die Mittel und Ziele des Kolonialismus.

Als Ausweg drängt die Fraktion DIE LINKE auf einen radikalen Politikwechsel in den Metropolen des Kapitalismus. Noch mehr Abschottung, noch mehr Kriege und noch mehr Ausbeutung werden die Probleme ins Unermessliche ansteigen lassen. Unsere Antwort lautet deshalb: solidarische Zusammenarbeit und eine Politik, die auf die Entfaltung von individuellen und gesellschaftlichen Potenzialen hin zu mehr Autonomie, Selbstbestimmung und einem besseren Leben für alle setzt.



Heike Hänsel

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende;
Sprecherin für Entwicklungspolitik;
Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung



Niema Movassat

Sprecher für Welternährung;
Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Sevim Dağdelen

Sprecherin für Internationale Beziehungen;
Beauftragte für Migration und Integration



Annette Groth

Sprecherin für Menschenrechte



Fluchtgrund 1

Armut, Reichtum und globale Ungleichheit

62 : 3.600.000.000

Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, also 3,6 Milliarden Menschen, zusammen. Mit dieser Zahl hat die entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation Oxfam im Januar 2016 Schlagzeilen geschrieben. Die Vermögen der 62 sind seit dem Jahr 2010 um 44 Prozent gewachsen. Privatvermögen von 33 Milliarden (Mark Zuckerberg) oder gar 79 Milliarden US-Dollar (Bill Gates) auf der einen, bittere Armut von Millionen Menschen, Hunger und Perspektivlosigkeit auf der anderen Seite: Das kann nicht gerecht sein, empören sich viele zurecht.

Im Weltmaßstab erzeugt die ungerechte Verteilung von Vermögen, Einkommen und Lebensperspektiven erhebliche Spannungen. 700 Millionen Menschen leben in Armut. 1,5 Milliarden Menschen leben in Ländern, die als »fragil« gelten, das heißt in denen der Staat nicht für das Wohlergehen und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger sorgen kann. 60 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht vor Krieg, Terror oder Armut.

Von internationalen Geberinstitutionen (Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Entwicklungsagenturen des Nordens) haben die Länder des Südens »Spar- und Reformprogramme« aufgezwungen

*»Es kommt nicht darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.«
Jean Ziegler, ehemaliger Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung*

bekommen, die ihre sozialen Sicherungssysteme ausgetrocknet haben. Die Länder wurden zu Freihandelsabkommen mit wirtschaftlich weit überlegenen Partnern genötigt, die deren lokalen Märkte zerstört haben. Sie wurden zu Privatisierungen gedrängt, die eine wirtschaftspolitische Steuerung

unmöglich machten. Viele Länder in Afrika und Lateinamerika, die schutzlos dieser Politik ausgeliefert sind, wurden in ihrer Entwicklung weit zurückgeworfen.

Die Armut von Millionen und der Reichtum von Wenigen hängen eng miteinander zusammen. So gesehen, ist nicht Armut eine Fluchtursache, sondern eigentlich Reichtum.

Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung haben wirtschaftliche und damit politische Macht umverteilt: von unten nach oben, von öffentlich zu privat und auch von Süd nach Nord. Insgesamt übersteigt die – legale und illegale – Kapitalbewegung von Süd nach Nord (Gewinnabfluss, Steuervermeidung, Schuldendienst) die von Nord nach Süd (Investitionen, Kredite, Entwicklungszusammenarbeit). Nach einer Studie von Eurodad stehen etwa zwei Billionen US-Dollar jährlichem Kapitalabfluss aus den Ländern des Südens nur etwa eine Billion US-Dollar Kapitalzufluss gegenüber. Der wirtschaftliche Schaden aus aufgezwungenen Freihandelsverträgen ist hier noch nicht mit berücksichtigt. Schwache Steuersysteme und Steuerflucht von Konzernen vergrößern – nicht nur, aber besonders – in afrikanischen Ländern die Ungleichheit und zementieren die Armut.

Enorme Profite für die Konzerne – bittere Armut und Gewalt für die Bevölkerung

In Nigeria haben Weltkonzerne an der Ausbeutung der Ölvorkommen in den letzten Jahren viel Geld verdient. Aber 75 Prozent der multinationalen Unternehmen zahlen dort keine Steuern. Ihr Gewinn fließt brutto gleich netto in ihre Stammsitze in Europa oder in die USA – oder in Steuerparadiese. Die Ölindustrie schafft in Nigeria wenige Arbeitsplätze, verursacht aber schwere ökologische und soziale Schäden. Jede dritte Nigerianerin, jeder dritte Nigerianer unter 25 Jahren ist arbeitslos, über 50 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Obwohl Nigerias Wirtschaft in den letzten Jahren ein hohes Wachstum erzielte, steht das Land im Index der Menschlichen Entwicklung (HDI) auf dem 152. Platz von 188 untersuchten Ländern. Mit dem Preisverfall für Öl schlittert Nigeria jetzt noch tiefer in die Krise, die sich im wirtschaftlich abgehängten Norden die Terrorgruppe Boko Haram zu Nutze macht. Damit beschleunigt sich der Kreislauf aus Armut und Gewalt, der bereits jetzt Zehntausende Nigerianerinnen und Nigerianer in die Flucht getrieben hat. Die CSU hat dennoch ernsthaft vorgeschlagen, Nigeria zu einem »sicheren Herkunftsstaat« zu erklären.

Soziale Spaltung in Europa

Auch in Europa wächst die soziale und wirtschaftliche Spaltung – innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Ländern. Die neoliberale Wirtschaftspolitik der Europäischen Union (EU) mit Sparzwängen, Privatisierungs- und Liberalisierungsaufgaben hat in Europa die Armut vergrößert. Schon vor der Wirtschafts- und Eurokrise wurden sozialstaatliche Errungenschaften zugunsten von Kapitalinteressen ausgehöhlt. Diese Entwicklung hat sich durch die Krise und die verfehlte EU-Krisenpolitik drastisch verschärft: Im Gegenzug für sogenannte »Hilfskredite«, von denen nur Banken und Investoren profitierten, wurden strenge Kürzungsprogramme diktiert.

In der EU sind heute rund 120 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht – ein Viertel der Bevölkerung. Armutsbedingte Migration gibt es daher auch im reichen Europa: Seit Beginn der Wirtschaftskrise sind allein aus Portugal 500.000 Menschen ausgewandert – die größte Auswanderungswelle in der Geschichte des Landes. Es sind junge Menschen, die weggehen,

weil sie die Austeritätspolitik der EU um ihre Zukunft gebracht hat. Viele von ihnen gehen nach Deutschland. Wir würden nicht auf die Idee kommen, sie als »Wirtschaftsflüchtlinge« zu betrachten. Wir akzeptieren sie als EU-Bürgerinnen und -Bürger, die auch in Deutschland irgendwie zuhause sind. Das ist richtig so.

Ganz anders wird leider die Zuwanderung aus Südosteuropa wahrgenommen. Dabei hat sie ähnliche Ursachen: Nach den wirtschaftlichen Einbrüchen infolge des Endes des Ost-West-Konflikts und der neoliberalen »Schocktherapien« der frühen 1990er Jahre strebten die dortigen Regierungen zumeist die Mitgliedschaft in der EU an. Doch diese war und bleibt an weitreichende Auflagen zur Liberalisierung und Privatisierung geknüpft, die die Länder in große wirtschaftliche Abhängigkeit von der EU brachten, zugleich aber viele soziale Probleme vor Ort verschärften. Nach 25 Jahren Annäherung des Balkans an die EU fliehen die Menschen scharenweise vor wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.

In den EU-Anwärterstaaten Serbien, Montenegro, Mazedonien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina stellt sich die Situation noch dramatischer dar als in vielen EU-Krisenstaaten. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, eine auskömmliche Arbeitslosenversicherung existiert nicht. Rund 120.000 Menschen aus dem Westbalkan (dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien) haben im Jahr 2015 in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Albanien, Kosovo und Serbien standen im Jahr 2015 auf den Plätzen 2, 3 und 6 aller Herkunftsländer. Roma stellten die größte Gruppe der Migrantinnen und Migranten aus diesen Ländern. Sie sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Sie werden sozial ausgegrenzt und ethnisch diskriminiert. Viele finden keine Arbeit und leben in bitterer Armut – mitten in Europa. Nur ein Bruchteil von ihnen hat jedoch Aussicht auf die Bewilligung eines Asylantrags.

Was macht die Bundesregierung?

Die globale Weltwirtschaftsordnung zwingt Menschen zu fliehen, weil sie für sich und ihre Familie zuhause keine Perspektive sehen. Da nützt es auch nichts, immer mehr Länder zu »sicheren Herkunftsstaaten« zu erklären, wie jüngst von der Bundesregierung im Fall von Tunesien, Algerien und Marokko beschlossen. Senegal und Ghana sind bereits seit längerem »sichere Herkunftsstaaten«, also Staaten, in denen per Definition keine politische Verfolgung herrscht. Doch solange die EU mit Freihandelsabkommen dafür sorgt, dass die EU-Agrarindustrie ihre Überproduktion zu Dumpingpreisen auf westafrikanische Märkte wirft und damit die einheimische Landwirtschaft zerstört – solange wird es Flüchtlinge auch aus diesen Ländern geben.

In der EU hat sich die Bundesregierung mit ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) als Gralshüterin des Neoliberalismus dargestellt: kein Pardon gegenüber Schuldnerstaaten, Löhne und Renten runter, kürzen ohne Rücksicht – gerade beim Sozialen und der Gesundheit. Das galt und gilt für die »Krisenstaaten« in der EU. Und das gilt seit Langem für die EU-Anwärter auf dem Balkan und die Länder der Europäischen Nachbarschaft. Die Folge: Ungleichheit und Armut wachsen überall in Europa. Vor allem junge Menschen verlassen in großer Zahl ihre Heimat.

Was will die Fraktion DIE LINKE?

Nachhaltig können wir die armutsbedingte Massenflucht nur stoppen, wenn wir die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Süden im Sinne einer solidarischen Zusammenarbeit neu aufstellen. Die Fraktion DIE LINKE will die EZ auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit, die Stärkung staatlicher Funktionen, auf Infrastrukturausbau, Beschäftigung und den Aufbau sozialer Sicherungssysteme ausrichten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten dürfen nicht umgesetzt, die Verhandlungen weiterer Freihandelsabkommen müssen beendet werden. Stattdessen brauchen wir entwicklungsorientierte Abkommen, die lokale Wirtschaftskreisläufe stärken.

Die Fraktion DIE LINKE fordert ein Ende der Austeritätspolitik und der neoliberalen Reformen. Es darf keine Privatisierungs- und Liberalisierungsaufgaben für Schuldnerländer in der EU oder in den EU-Anwärterstaaten geben. Die Abkommen mit den Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik müssen die soziale Entwicklung dieser Länder in den Blick nehmen, anstatt mit Liberalisierungsforderungen die Interessen europäischer Konzerne zu bedienen.

Zum Weiterlesen

- › Antrag: Armut und soziale Ungleichheit weltweit überwinden, natürliche Grundlagen bewahren (BT-Drs. 18/4091)
- › Antrag: Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen – Soziale Ungleichheit weltweit überwinden (BT-Drs. 18/1328)



Fluchtgrund 2

Tödlicher Freihandel

36 + 50 = 86

Die EU hat schon 36 Freihandelsabkommen abgeschlossen, 50 weitere sollen noch folgen. Wenn Menschen aus Ländern des Globalen Südens in großer Zahl in der Europäischen Union (EU) Zuflucht suchen, dann ist das auch eine Folge der EU-Handelspolitik. Sie ist eine Hauptursache von sozialer Ungleichheit und fehlenden Perspektiven in den Herkunftsländern. Mit erpresserischen Methoden verhandelt die EU-Kommission Freihandelsabkommen mit dem einzigen Ziel, immer neue Märkte für europäische Unternehmen zu erschließen und den Zugriff der europäischen Industrie auf Rohstoffe zu sichern. Flankiert werden diese durch den Abschluss von bilateralen und bi-regionalen Investitionsschutzabkommen. Den Schutz der Menschen und der Umwelt vor den Schäden, die durch solche Investitionen entstehen, sucht man in diesen Abkommen vergeblich. Vielmehr sollen die Unternehmen Klagemöglichkeiten erhalten, wenn demokratische Entscheidungen ihren Profitinteressen entgegenstehen. Im Kern geht es also nicht um wirklich »freien« Handel, sondern um Sonderrechte und Privilegien für große, transnationale Konzerne.

Die Freihandelslogik und ihre Folgen

Die Handels- und Finanzmarktpolitik der EU stehen dem Ziel entgegen, die Armut im Globalen Süden zu beseitigen. Die EU umgeht mit immer mehr Abkommen mit einzelnen Staaten und Regionen die Welthandelsorganisation (WTO) und geht weit über deren Agenda hinaus, wenn es darum geht, Dienstleistungen und den öffentlichen Beschaffungssektor dieser Länder zu liberalisieren, damit europäische Unternehmen dort mitbieten können. In Folge werden lokale Produzenten und Dienstleister durch europäische Konzerne verdrängt und der Ausverkauf von Ressourcen und öffentlicher Daseinsvorsorge noch beschleunigt. Durch Investitionsschutzabkommen können außerdem im Süden erzielte Gewinne abzugsfrei in den Norden transferiert werden. Durch solche Gewinnabflüsse, unfairen Handel und Schuldendienst sichert sich der Norden seine Entwicklung auf den Schultern des Globalen Südens. So zementiert der aufgezwungene Freihandel die Abhängigkeit und die ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd und verschärft die Ungleichheiten und Verwerfungen innerhalb der Gesellschaften des Globalen Südens. Das Menschenrecht auf eine intakte Heimat, die ein menschenwürdiges Leben garantiert, wird so systematisch mit Füßen getreten und Menschen massenhaft in die Flucht getrieben.

Schon die Vergangenheit hat gezeigt, was Liberalisierung und Marktöffnung anrichten. Als Ghana seinen Geflügelmarkt für europäische Produkte öffnete, brach die heimische Geflügelpro-

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

Mit den sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den Staaten im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (AKP-Staaten) werden die ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen Ländern und der EU zementiert. Dabei geht die EU-Kommission äußerst aggressiv mit ihren »Partnern« um, um an ihr Ziel zu gelangen: eine weitreichende Marktöffnung der Volkswirtschaften im Globalen Süden für europäische Produkte. Schon jetzt hat die Erpressungspolitik der EU zahlreiche Arbeitsplätze in Afrika gekostet, weil zur Strafe Schutzzölle auf afrikanische Produkte eingeführt wurden, um den Druck zu erhöhen. Die Länder Afrikas werden durch diese aggressive Handelspolitik weiter in die Armut getrieben, eigenständige Entwicklungsansätze werden zunichte gemacht.

duktion in der Folge komplett zusammen, weil sie mit den Dumpingpreisen aus Europa nicht mithalten konnte. Für die Kleinbauern bedeutet dies regelmäßig Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Aber nicht nur die Freihandelsverträge zwischen der EU und Staaten des Südens bedrohen die dortige Stabilität und Entwicklung. Würden die transatlantischen Freihandelsabkommen CETA und TTIP zwischen der EU und Kanada beziehungsweise den USA in Kraft treten, wären die Folgen für den Rest der Welt verheerend. Schwellen- und Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika würden vom Welthandel ausgegrenzt. Experten schätzen, dass in Asien nahezu alle Länder Wachstumseinbußen von bis zu 2,5 Prozent hinnehmen müssten.

Dass alternative Modell funktionieren, haben linksregierte Staaten Lateinamerikas in den vergangenen Jahren vorgemacht. Das Staatenbündnis Bolivarische Allianz für Amerika (ALBA) setzt auf einen »solidarischen Handel«. Gemeinsam versuchen die beteiligten Staaten der Region – allen strukturellen Problemen zum Trotz – gemeinsame Unternehmen aufzubauen und die Ernährungssouveränität zu fördern.

Rücksichtslose Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen als primäres Ziel

Neben der EU ist auch Deutschland dabei, sich über sogenannte Rohstoffpartnerschaften, die keinerlei verbindliche Menschenrechtsklauseln enthalten, den Zugriff auf Rohstoffe für die eigene Wirtschaft zu sichern. Die Idee dazu kam vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Im Juli 2014 beispielsweise unterzeichneten Deutschland und Peru ein Abkommen auf diesem Gebiet, welches das Land allein auf seine Rolle als Rohstofflieferant beschränkt. Entwicklung, Arbeitsplätze oder berufliche Perspektiven werden kaum geschaffen. Stattdessen kommt es in Peru, auch unter Beteiligung deutscher Firmen, zu immer wiederkehrenden Menschenrechtsverletzungen und großflächiger Umwelterstörung.

Neben der EU-Handelspolitik zerstört auch die EU-Fischereipolitik die Existenzgrundlage von Menschen, insbesondere in Westafrika. Hintergrund ist, dass nur noch ein Viertel der deutschen Nachfrage nach Fisch aus eigener Produktion gedeckt werden kann. Die Organisation Germanwatch verweist darauf, dass sich die

Schere zwischen Konsum und Produktion jährlich um 15 bis 20 Prozent öffnet. In diesem Umfeld drängt die EU seit Jahren auf Fischereiabkommen mit den Staaten im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (AKP-Staaten). Dabei wurden selbst laut EU-Kommission Empfehlungen internationaler Gremien und EU-geförderter Forschungsinstitutionen missachtet. Schon im Jahr 1992 wurde der Zugang der EU-Flotten zu Küstenbodentischen in einem Abkommen um 57 Prozent erhöht, obwohl die Fänge bereits um 23 Prozent zu hoch lagen.

Was macht die Bundesregierung?

Die derzeitige EU-Handelspolitik, die von Deutschland stark unterstützt wird, verhindert den Schutz der schwachen Binnenökonomien in den betroffenen Ländern. Aber genau diese Stärkung sowie ein besonderer Schutz sind nötig – gerade für lokale Kleinproduzenten und Kleinbauern –, um eine nachhaltige Entwicklung zu garantieren und um aus der Rolle der Rohstoffzulieferer für die Industriestaaten auszubrechen. Weder die wirtschaftliche Entwicklung in Europa noch der Aufstieg der ostasiatischen Volkswirtschaften innerhalb der letzten Jahrzehnte wären unter solchen Bedingungen von liberalisierten Märkten, ohne flexible Zölle und Quoten und ohne staatliche Eingriffe denkbar gewesen.

Was will die Fraktion DIE LINKE?

Ohne eine Umkehr in der Handelspolitik der Industriestaaten wird es keine Stabilität und Entwicklung in den Ländern des Südens geben. Wenn dieses Ziel aber nicht erreicht wird, werden die Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben weiter in den Norden fliehen.

DIE LINKE setzt deshalb auf Handelsbeziehungen, die die Ungleichheit zwischen den Partnern anerkennen, die nicht auf Verdrängungswettbewerb, sondern auf Komplementarität fußen und sozialpolitische Projekte mit einbeziehen. Alle Handelsabkommen der EU müssen einen fortlaufenden menschenrechtlichen Prüfmechanismus enthalten, der die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Abkommens, etwa auf die Ernährungs- und Gesundheitssituation in den Partnerländern, untersucht und gegebenenfalls Anpassungen ermöglicht. Handelserleichterungen soll es für die Unternehmen mit den höchsten sozialen und ökologischen Standards,

mit den besten Arbeitsbedingungen geben. Liberalisierungsverpflichtungen dürfen die Verträge nicht beinhalten. In dem Sinne müssen die Verhandlungsmandate der EU neu und entwicklungsförderlich formuliert werden. Die Verhandlungen müssen transparent unter Beteiligung der Parlamente und unter Anhörung der Interessensvertretungen betroffener Bevölkerungsgruppen geführt werden. Der massiven Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf die Verhandlungspartner durch Lobby-Arbeit und Korruption muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für ein alternatives, entwicklungsförderliches Investitionsrahmenabkommen der EU und den Aufbau eines internationalen Investitionsregimes für zukunftsfähige Entwicklung im Rahmen der Vereinten Nationen ein. Insbesondere müssen soziale und ökologische Standards gewährleistet werden und verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen eingeführt werden. Über die Einführung eines Unternehmensstrafrechts müssen von Menschenrechtsverletzungen Betroffene aus den Ländern des Südens auch in Deutschland diese Unternehmen zur Rechenschaft ziehen können.

Das System der Handelspräferenzen muss reformiert werden, so dass der Handel mit weiterverarbeiteten Produkten aus den Ländern des Südens besonders gefördert wird. Die Kopplung von Handelspräferenzen der EU an den Zugang zu Rohstoffen in den Partnerländern und Rücknahmeabkommen über Flüchtlinge muss beendet werden.

Zum Weiterlesen:

- › Antrag: Für eine lebendige Demokratie – Fairer Handel statt TTIP und CETA (BT-Drs. 18/6818)
- › Antrag: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der Westafrikanischen Wirtschaftsunion dem Bundestag zur Abstimmung vorlegen (BT-Drs. 18/5096)
- › Antrag: Keine Paralleljustiz für internationale Konzerne durch Freihandelsabkommen (BT-Drs. 18/5094)
- › Antrag: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen – Für neue Verhandlungen ohne Druck und Fristen (BT-Drs. 18/2603)
- › Antrag: Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – Neustart ohne Drohungen und Fristen (BT-Drs. 18/1615)
- › Antrag: Selbständige Entwicklung fördern – Faire Handelsbeziehungen zu Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien aufbauen (BT-Drs. 17/8582)
- › Antrag: EU-Freihandelsabkommen mit Indien stoppen – Verhandlungsmandat in demokratischem Prozess neu festlegen (BT-Drs. 17/2420)
- › Antrag: Freihandelsabkommen EU-Kolumbien-Peru: Mitwirkungsrecht des Deutschen Bundestages sichern (BT-Drs. 17/1970)
- › Broschüre: »TTIP stoppen! Geheimes Handelsabkommen bedroht unsere Demokratie« (<http://gleft.de/1n1>)



Fluchtgrund 3

Hunger und Agrarkonzerne

800.000.000 / 2.000.000.000

Derzeit müssen 800 Millionen Menschen hungern und 2 Milliarden leiden an Mangelernährung. Das Recht auf angemessene Ernährung – ein völkerrechtlich verbrieftes Menschenrecht – bleibt auch im 21. Jahrhundert für viele Menschen ein leeres Versprechen. Dabei ist genug für alle da. Die derzeit produzierten Nahrungsmittel könnten 12 bis 14 Milliarden Menschen satt machen. Doch unser Agrar- und Ernährungssystem versagt nicht nur dabei, die Versorgung von Bedürftigen sicher zu stellen. Durch seine Ausrichtung auf Freihandel, industrielle Landwirtschaft und Großkonzerne produziert es selbst Hunger, Flucht – und ja, es tötet, 24.000 Mal am Tag.

In den letzten Jahrzehnten haben die Industrieländer ihre überschüssige Nahrungsmittelproduktion zu Dumpingpreisen im Globalen Süden abgesetzt und dadurch lokale Märkte zerstört. Allein in den Jahren 1998 bis 2014 hat sich der Export von deutschem Geflügelfleisch nach Afrika um das 10-Fache gesteigert, der Export von Schweinefleisch um das 15-Fache. Bis heute verhindern die Welthandelsorganisation (WTO) und andere abgepresste Freihandelsverträge, dass Schwellen- und Entwicklungsländer Schutzmaßnahmen ergreifen, um ihre Bäuerinnen und Bauern vor solchen Billigimporten zu schützen. Die Folge: Viele Bäuerinnen und Bauern geben die Landwirtschaft auf und wandern ab.

Um seinen Hunger nach (exotischen) Nahrungsmitteln, Fleisch und Energie zu stillen, verbraucht der Norden zudem riesige landwirtschaftliche Flächen im Globalen Süden. So nimmt Deutschland durch den Import von Futtermitteln, Energiepflanzen und Ähnlichem Anbaugelände im EU-Ausland in Anspruch, die mit circa 80 Millionen Hektar die eigene Landesfläche um das Doppelte übersteigen – Anbauflächen, die den betroffenen Ländern für die Sicherung der eigenen Nahrungsmittelversorgung fehlen.

Verlieren Länder die Fähigkeit, die Versorgung ihrer Bevölkerung durch heimische Produktion sicherzustellen, werden sie zu Geiseln des Weltmarkts und damit der Nahrungsmittelspekulanten. Finanzakteure wie die Deutsche Bank oder die Allianz-Versicherung verdienen durch Wetten auf steigende Nahrungsmittelpreise Milliarden, während sie Hunger und Not vergrößern. So verdoppelten sich aufgrund von Spekulationen die Weltmarktpreise vieler Grundnahrungsmittel im Jahr 2008 in wenigen Wochen, was zu Hungerrevolten in Haiti und mehreren afrikanischen Ländern führte.

Neben Finanzunternehmen sind Agrarkonzerne wie Monsanto oder Bayer und große Handelsketten wie Walmart oder die MetroGroup zu den dominanten Akteuren einer globalisierten Landwirtschaft geworden. Sie bestimmen immer mehr, welche Nahrungsmittel für wen produziert werden. Entscheidungsgrundlage hierfür sind jedoch nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern Profitüberlegungen dieser Konzerne. Das heißt: Wer nicht zahlen kann, geht leer aus. In einem kapitalistisch organisierten Ernährungssystem bleibt armen Menschen der Zugang zu Nahrungsmitteln verwehrt.

Die großen Agrar- und Lebensmittelkonzerne treiben weltweit eine Industrialisierung der Landwirtschaft voran. Sie setzen auf massiven Spritz-, Düngemittel- und Maschineneinsatz, manipuliertes Saatgut und intensive Bewässerung auf großen Flächen. Diese Strategie zerstört jedoch langfristig nicht nur das Fundament der Nahrungsmittelproduktion, den Boden. Zudem verdrängt sie die kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten – direkt durch sogenanntes Landgrabbing oder indirekt dadurch, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gegenüber dieser kapitalintensiven Produktion nicht konkurrenzfähig sind.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ernähren die Welt – und hungern

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produzieren 70 Prozent der weltweit konsumierten Lebensmittel – in vielen Regionen Afrikas oder Südostasiens sogar bis zu 90 Prozent. Dafür setzen sie nur 30 Prozent der insgesamt in der Landwirtschaft eingesetzten Energie (in Form von Treibstoff, Dünger etc.) ein. Umgekehrt heißt das: Die Agrarindustrie, die sich für ihre hohe Produktivität rühmt, stellt nur 30 Prozent der Lebensmittel her, benötigt dafür aber 70 Prozent der Energie.

Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sind Kleinbäuerinnen und Kleinbauern also nach wie vor das Rückgrat der globalen und ökologisch nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion. Gleichzeitig stehen wir vor der paradoxen Situation, dass auch ein Großteil der Hungernden im ländlichen Raum lebt und selbst in der Landwirtschaft tätig ist. Durch eine jahrzehntelange Vernachlässigung des ländlichen Raumes sind hunderte Millionen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verarmt, kämpfen ums Überleben und wandern ab – in die Städte, aber auch Richtung Europa, wo sie dann etwa als illegale Erntehelferinnen und Erntehelfer in den Gewächshäusern Südspaniens ausgebeutet werden.

Was macht die Bundesregierung?

Die Bundesregierung hat im Jahr 2014 die Sonderinitiative »Eine Welt ohne Hunger« ins Leben gerufen. Nach Ansätzen zu strukturellen Veränderungen sucht man darin allerdings vergebens. Zwar steht Kleinbauernförderung rhetorisch im Zentrum der Sonderinitiative. In der Praxis dient diese aber vor allem dazu, der deutschen Agrarindustrie neue Absatzmärkte zu öffnen.

Damit schließt sie nahtlos an andere Initiativen wie die »Grüne Revolution für Afrika« der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung oder die »Globale Allianz für Ernährungssicherung« der G7-Staaten an. Sie alle sehen den Schlüssel zur Hungerbekämpfung bei Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft durch technische Innovationen, unter anderem auch durch Gentechnik. Anstatt lokale Strukturen und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nachhaltig zu stärken, wollen sie gemeinsam mit Unternehmen wie Monsanto, Coca-Cola oder BASF die Landwirtschaft der Entwicklungsländer nach europäischem Vorbild modernisieren. Dazu drängen Bill Gates, die Bundesregierung und Co. auf bessere Investitionsbedingungen für diese Konzerne, etwa durch industriefreundliche Saatgutgesetzgebung oder Liberalisierung des Bodenmarktes – und verteidigen zugleich das Freihandelsdogma.

Sollten diese Initiativen Erfolg haben, wird in den nächsten Jahrzehnten ein Großteil der Bäuerinnen und Bauern im Globalen Süden wegrationalisiert – wie es in Europa bereits passiert ist. Doch wo sollen die dann arbeitslos gewordenen Bäuerinnen und Bauern – die beispielsweise in Afrika je nach Land zwischen 50 und 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen – Beschäftigung und somit Einkommen finden? Da weder der Industrie- noch der Dienstleistungssektor in den meisten Entwicklungsländern stark genug ausgeprägt ist, um diese Menschen aufzunehmen, wird der Migrationsdruck Richtung Europa steigen. Anders gesagt: Eine Hungerbekämpfung, die auf Agrarindustrie setzt, beseitigt den Hunger nicht und schafft Fluchtursachen, anstatt sie zu bekämpfen.

Was will die Fraktion DIE LINKE?

Um dem Recht auf Nahrung zum Durchbruch zu verhelfen, müssen wir das globale Ernährungssystem auf neue Füße stellen und demokratisieren. Dazu muss den Agrarkonzernen die Entscheidungshoheit darüber entrissen werden, was, wo und zu welchen Bedingungen produziert wird. Stattdessen müssen die Bedürfnisse aller Menschen – der Produzentinnen und Produzenten genauso wie der Konsumentinnen und Konsumenten – in den Mittelpunkt gestellt werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Kleinbauernorganisation Via Campesina haben ihre dementsprechenden Forderungen unter dem Leitbild der Ernährungssouveränität gebündelt.

Auch die Fraktion DIE LINKE sieht in der Herstellung von Ernährungssouveränität den Schlüssel für nachhaltige Hungerbekämpfung. Um sie umzusetzen müssen wir:

- Regionale Versorgungssysteme und kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken: etwa durch ein Ende des Freihandelsdogmas, die Förderung lokal angepasster Strategien und Techniken zur Produktionssteigerung, die mit Bäuerinnen und Bauern gemeinsam entwickelt werden, sowie die Stärkung kleinbäuerlicher Produktionsgemeinschaften und Interessensorganisationen;
- Zugang zu Nahrungsmitteln für alle Menschen sichern: etwa durch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme weltweit sowie von Ernährungssicherungsprogrammen wie dem Fome-Zero-Programm (Null-Hunger-Programm) in Brasilien, das kleinbäuerliche Produktion und Hungerbekämpfung auf lokaler Ebene zusammen bringt;
- Eine ökologisch nachhaltige Nahrungsmittelproduktion etablieren: etwa durch einen Umbau der nationalen und internationalen Agrarforschung weg von agroindustriellen und hin zu agrarökologischen Verfahren;
- Landgrabbing weltweit stoppen: etwa durch ein Verbot großflächiger Agrartreibstoffproduktion (Palmöl oder Zuckerrohr) und die verpflichtende Umsetzung der »Freiwilligen Leitlinien zu Landnutzungsrechten« für deutsche Unternehmen und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit;

- Nahrungsmittelspekulationen verbieten und auf globaler Ebene auf eine Stabilisierung der Weltmarktpreise für agrarische Rohstoffe hinwirken;
- Eine Wende der deutschen Agrarpolitik einleiten: etwa durch die Förderung einer möglichst geschlossenen Kreislaufwirtschaft und damit verbunden einem schrittweisen Abbau von Futtermittel- und anderen Biomasseimporten, um den enormen Flächenimport aus dem Globalen Süden zu beenden.

Zum Weiterlesen:

- › Antrag: Hunger bekämpfen, Recht auf Nahrung stärken (BT-Drs. 18/1482)
- › Antrag: Teller statt Tank – EU-Importverbot für Kraft- und Brennstoffe aus Biomasse (BT-Drs. 17/10683)
- › Antrag: Einsatz der Agro-Gentechnik zur Hungerbekämpfung (BT-Drs. 17/10555)
- › Antrag: Hunger bekämpfen – Spekulation mit Nahrungsmitteln beenden (BT-Drs. 17/4533)
- › Antrag: Keine großflächige Landnahme und Spekulationen mit Land oder Agrarproduktion in den Ländern des Südens (BT-Drs. 17/3541)



Fluchtgrund 4

Kriege, Terror und Militarisierung

7.860.000.000

Im Jahr 2015 lag der Gesamtwert deutscher Rüstungsexporte bei rund 7,86 Milliarden Euro. Kriege, Terror und Unsicherheit treiben immer mehr Menschen dazu, ihre Heimatländer zu verlassen. Sie gelten deshalb als hauptsächlicher Fluchtgrund. Opfer von Verfolgung, Vertreibung und Konflikten stehen unter dem besonderen Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention. Kriege und Terror fallen aber nicht vom Himmel und haben ihrerseits wiederum tieferliegende Wurzeln. Ihre Ursachen liegen zum überwiegenden Teil in den in dieser Broschüre behandelten anderen fünf Themenkomplexen.

Rund 1,1 Millionen Menschen sind im vergangenen Jahr unter zum Großteil widrigsten Bedingungen nach Deutschland gekommen. Sie hoffen auf Schutz vor Krieg, Verfolgung und wirtschaftlicher Not – und darauf, sich fern ihrer zerstörten Heimat eine neue Lebensperspektive aufbauen zu können. Doch ausgerechnet in einem der reichsten Länder der Welt werden die Flüchtlinge zum Problem erklärt – und nicht die Fluchtverursacher.

Der von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) maßgeblich ausgehandelte Deal zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei hat die Flüchtlingsabwehr im Frühjahr 2016 in europäisches Vertragswerk gegossen. Es geht dabei nicht darum, die Zahlen der Flüchtlinge global zu reduzieren, also konkret Fluchtursachen zu bekämpfen. Ziel ist vielmehr, dass nicht mehr so viele Menschen nach Deutschland gelangen. Das Abkommen soll Vorbild sein für eine ähnlich schäbige Vereinbarung mit Libyen. Die staatlichen Strukturen dort sind seit der Intervention von NATO-Staaten im Jahr 2011 zerstört, das Land ist unter rivalisierenden Milizen aufgeteilt.

Die Politik der Bundesregierung trägt maßgeblich mit Verantwortung dafür, was viele Menschen zur Flucht zwingt. Seit Anfang der 1990er Jahre beteiligt sich die Bundeswehr regelmäßig an militärischen Interventionen im Ausland. Für 55 Einsätze seit dem Jahr 1992 sind mindestens 17,2 Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben worden. Das haben Anfragen der Fraktion

Unsicheres Afghanistan

Laut einer Studie der Ärzteorganisation IPPNW (»Body Count«) wurden mehr als 100.000 Menschen im Verlauf der Afghanistan-Intervention getötet. Die deutschen Truppen sind zum Großteil wieder abgezogen, verbessert hat sich für die Bevölkerung im Lande nichts. Die alten Warlords, nicht selten einstige Verbündete der Bundeswehr, und die wieder erstarkten Taliban kämpfen um die Kontrolle und Pfründe. Deutschen Sicherheitskreisen zufolge verlassen mittlerweile monatlich 100.000 Afghaninnen und Afghanen ihre Heimat. Während die meisten als Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten vor allem nach Iran, Pakistan oder in die Vereinigten Arabischen Emirate gehen, versuchen auch Zehntausende weiter in die EU und dort oftmals nach Deutschland zu kommen.

DIE LINKE an die Bundesregierung ergeben. (BT-Drs. 17/14491, 18/7820) Allein die Beteiligung am NATO-geführten Krieg in Afghanistan hat in 13 Jahren fast neun Milliarden Euro gekostet.

Zerstörter Irak

»Mutter aller Fluchtursachen« im Nahen Osten ist der US-geführte Krieg gegen den Irak im Jahr 2003 und die folgende Besatzung. Die Intervention hat im Zweistromland – zuvor schon durch zwölf Jahre andauernde Sanktionen wirtschaftlich getroffen – Chaos und Gewalt hinterlassen.

Der bereits erwähnten IPPNW-Studie »Body Count« zufolge muss man davon ausgehen, dass bis heute 1,5 Millionen Irakerinnen und Iraker durch die US-Invasion umgekommen sind. Opfer der Zerstörung der Infrastruktur, der medizinischen Mangelversorgung und der Verseuchung durch Uranwaffen und chemische Waffen sind dabei noch gar nicht eingerechnet.

US-Präsident George W. Bush hatte den Krieg gegen den Irak offiziell damit begründet, der ölreiche Golfanrainerstaat verfüge über ein geheimes Arsenal an Massenvernichtungswaffen und fördere den Terrorismus. Das erste war – wie sich rasch herausstellen sollte – eine glatte Lüge. Und eine Terrorgefahr geht vom Irak erst aus, seit die USA dort einmarschiert sind.

Erst Washingtons Hybris am Golf hat die Hydra des »Islamischen Staates« (IS) entstehen lassen. Die Terrormiliz eroberte in den vergangenen Jahren große Gebiete des Irak und Syriens, ihr Einfluss im Nahen Osten reicht aber auch bis nach Libyen, Tunesien und Ägypten.

IPPNW schreibt zur Verantwortung des Westens: »Deutlich muss gesagt werden, dass der »Krieg gegen den Terror« in weiten Teilen ein Mythos ist, der als Legitimation für zugrundeliegende imperiale, neokoloniale, neoliberale und hegemoniale Strategien des Westens dient. Terrorismus wird vor allem durch die verschiedenen Formen des Interventionismus installiert, verstärkt und hervorgerufen.«

Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet diejenigen Länder der EU und der NATO, die Washingtons völkerrechtswidrigen Feldzug im Irak seinerzeit unterstützt haben, heute zu den Wortführern

gehören, wenn es darum geht, Kriegsflüchtlinge fernzuhalten. Großbritannien schottet sich ab. Ungarn baut Zäune. Auch Polen und die Tschechische Republik weigern sich, Schutzsuchenden etwa aus dem Irak, aus Afghanistan und Syrien Zuflucht zu gewähren.

Wäre Angela Merkel übrigens schon im Jahr 2003 Bundeskanzlerin gewesen, hätte sich die Bundeswehr auch direkt am US-geführten Krieg im Irak beteiligt.

Was macht die Bundesregierung?

Deutschland gehört – nach den USA, Russland, China und Frankreich – zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI im Februar bekannt gab, wuchs das globale Rüstungsgeschäft in den Jahren 2011 bis 2015 um 14 Prozent verglichen mit den fünf Jahren davor. Insbesondere die Exporte in den Nahen und Mittleren Osten sind deutlich angestiegen. Zu den Hauptimporteuren in der Krisengroßregion gehören Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar – und damit jene Länder, die durch die Unterstützung islamistischer Terrorgruppen maßgeblich für die Eskalation des Syrien-Konflikts verantwortlich sind und die ihren Krieg im Jemen derart erbarmungslos führen, dass dort mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung vom Hunger bedroht ist. Laut SIPRI werden im Jemen »vor allem aus den USA und Europa stammende Waffen« eingesetzt.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat im vergangenen Jahr Waffenausfuhren im Wert 7,5 Milliarden Euro genehmigt – das ist doppelt so viel wie im Jahr 2014. Zu den Exporten gehören unter anderem vier Tankflugzeuge an den NATO-Staat Großbritannien im Wert von 1,1 Milliarden Euro sowie Panzer an Katar (1,6 Milliarden Euro).

Die Bundesregierung wird nicht müde zu behaupten, die Bekämpfung von Fluchtursachen stehe im Zentrum ihrer Bemühungen. In der Realität sieht das so aus: Der Etat des Verteidigungsministeriums wird im laufenden Jahr auf 34,37 Milliarden Euro erhöht. Dem Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit stehen für das Jahr 2016 dagegen nur 7,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz haben im Februar 2015 Bundespräsident Joachim Gauck, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenamtschef Frank-Walter Steinmeier (SPD) gefordert, Deutschland müsse »mehr Verantwortung« in der Welt übernehmen, nicht zuletzt auch militärische.

Was will die Fraktion DIE LINKE?

Die Fraktion DIE LINKE steht für eine aktive Friedenspolitik und lehnt die Militarisierung der Außenpolitik ab. Zusammen mit der Friedensbewegung kämpfen wir für einen Stopp der Rüstungsexporte und dafür, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten in ihren Kasernen bleiben. Auslandseinsätze der Bundeswehr lehnen wir ab, da militärische Logik immer das Zivile dominiert, sobald die Kriegsmaschinerie einmal in Gang gesetzt wurde. Wir wenden uns gegen einen zivilmilitärischen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und lehnen die Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab. Auch wenden wir uns gegen Beratungs- und Ausbildungsmissionen für Armeen anderer Länder, die dann ihrerseits direkt oder indirekt in Kriegshandlungen involviert sind. Die NATO wollen wir durch ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands ersetzen.

Militärinterventionen werden oftmals mit Verweis auf »Sicherheit« gerechtfertigt: »Sicherheit vor Terrorismus« oder »Sicherheit vor regionaler Destabilisierung«, die militärisch hergestellt werden soll. Gegen dieses Verständnis von Sicherheit stellen wir das Recht, nicht migrieren zu müssen. Zu seiner Durchsetzung braucht es Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt.

Rüstungsexporte begünstigen immer Krieg, Zerstörung und Tod. Ohne sie würden Konflikte sich nicht oder nur eingeschränkt gewaltsam austragen lassen. Stattdessen setzt die Fraktion DIE LINKE auf eine zivile Transformation der Rüstungsproduktion und Völkerrecht, Diplomatie, transnationale Partnerschaften und zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung.

Die Fraktion DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen ab. Mit »zivil-militärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung der Außenpolitik nur verschleiert. Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in Aufstandsbekämpfungsstrategien und neuerdings die Migrationskontrolle und -abwehr verhindert Entwicklung und schafft weitere Fluchtursachen.

Zum Weiterlesen:

- › Antrag: Waffenexporte an die Golfstaaten sofort stoppen (BT-Drs. noch nicht vorhanden)
- › Antrag: Die NATO durch ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands ersetzen (BT-Drs. 18/8656)
- › Antrag: Willy-Brandt-Korps für eine solidarische humanitäre Hilfe (BT-Drs. 18/8390)
- › Antrag: Keine NATO-Unterstützung für türkische Syrien-Politik – Bundeswehrangehörige aus AWACS-Einsatz zurückziehen (BT-Drs. 18/7701)
- › EA zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan (Resolute Support) (BT-Drs. 18/7083)
- › EA zum Syrien-Einsatz der Bundeswehr (BT-Drs. 18/6917, 18/6918, 18/6874)
- › Folder: »Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!« (<http://gleft.de/GZ>)
- › Broschüre: »Gezielte Tötungen« – Lizenz zum Mord? (<http://gleft.de/1mT>)
- › Clara (Ausgabe 39): »Waffenexporte stoppen, Fluchtursachen bekämpfen« (<http://gleft.de/1mU>)
- › Clara (Ausgabe 38): »Nein zum Krieg!« (<http://gleft.de/1mW>)
- › Clara (Ausgabe 33): »Konflikte friedlich lösen« (<http://gleft.de/1n2>)
- › Folder: »Keine Millionen für Drohnen!« (<http://gleft.de/1mY>)
- › Broschüre: »Für ein Verbot aller Rüstungsexporte« (<http://gleft.de/1mV>)



Fluchtgrund 5

Zugriff auf Rohstoffe und verantwortungslose Konzerne

Mehr als 160 Länder

Deutschland importiert derzeit Rohstoffe aus mehr als 160 Ländern. Kohle aus Kolumbien für Vattenfall, Platin aus Südafrika für BASF, Palmöl aus Indonesien für deutsche Tankfüllungen, Soja aus Paraguay für die Viehzucht: Der globalisierte Kapitalismus funktioniert nur bei ständigem Wachstum – und das bedeutet immer größeren Rohstoffbedarf und möglichst immer billigere Konsumgüter.

Weltweit gibt es heute über 80.000 transnational agierende Unternehmen mit mehr als 900.000 Tochtergesellschaften. Die globale und vernetzte Produktion bedeutet einen fatalen Wettbewerb nach unten: Dort, wo die niedrigsten Hungerlöhne, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards Realität sind, wo der Staat seiner regulierenden Funktion und Schutzverpflichtung seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber am wenigsten nachkommt, lassen sich viele Firmen am liebsten nieder. Viele Menschen machen sich auf den Weg der Migration und Flucht, weil diese Zustände ihre Lebensgrundlagen zerstören und ein menschenwürdiges Leben unmöglich machen.

Rabiater Staudambau vernichtet Existenzen

Der Ingenieurkonzern Lahmeyer International GmbH aus Bad Vilbel hat den Merowe-Staudamm im Sudan mitgebaut. 2740 Familien verloren 2006 ihre Häuser, als ohne Vorwarnung geflutet wurde. Als Lahmeyer 2008 den zweiten Damm am Nil schließen ließ, verloren weitere 2.000 Familien sämtliche Besitztümer – eine Entschädigung haben sie nie erhalten.

Die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Umwelt hat in vielen Ländern des Globalen Südens immer wieder fatale Folgen: 1127 Tote beim Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch, 4000 Vertriebene für den Bau einer Kaffeeplantage in Uganda, großflächiger Landraub in Tansania zu Gunsten auch der deutschen Agrarindustrie... die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Deutsche Unternehmen belegen Platz fünf bei einer Auswertung weltweiter Menschenrechtsbeschwerden.

Rund ein Drittel der weltweiten Menschenrechtsverletzungen stehen alleine mit der Gewinnung von Rohstoffen in Zusammenhang. Die Mehrzahl der Menschen in den Rohstoffexportländern partizipiert gleichzeitig in keiner Weise an den Einnahmen.

Transnationale Unternehmen bewegen sich oft ungehindert in gesetzlichen Grauzonen und schieben die Verantwortung für die miserablen Verhältnisse vor Ort gerne auf die schwachen Regierungen oder angeblich unkontrollierbare Subunternehmer. Internationale Organisationen wie die UNO, die ILO und die OECD haben zwar einzelne Instrumente zur menschenrechtlichen Regulierung der globalisierten Wirtschaft geschaffen, aber noch immer sind Mutterfirmen juristisch nicht für die von ihren Tochtergesellschaften oder Zulieferern verursachten Schäden verantwortlich.

Der Rohstoffhunger Deutschlands und seine Folgen

Als Rohstoffimporteur bezieht Deutschland Energie-, Metallrohstoffe und viele Industriemineralien aus mehr als 160 Ländern. Die Europäische Kommission hat im Jahr 2014 20 Rohstoffe als (Versorgungs-)kritisch eingestuft, unter anderem Kobalt, Platin und Gold. Die Europäische Union (EU) fordert in ihrer Rohstoffinitiative den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen und übt dabei massiven Druck auf die Rohstoffexportierenden Länder aus.

Schutz- und rechtlose Arbeiterinnen und Arbeiter

Im »Platingürtel« Südafrikas lagern fast 80 Prozent des weltweiten Platin-Vorkommens. Platin ist heute das wertvollste Edelmetall der Welt und Deutschland zweitgrößter Importeur. Im Jahr 2012 erschoss die südafrikanische Polizei bei einem Streik für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen 34 Minenarbeiter. Eine staatliche Untersuchungskommission gab dem Minenbetreiber, dem britischen Unternehmen Lonmin, Mitschuld an dem Massaker in Marikana. Die Witwen der ermordeten Bergleute haben nie Entschädigungen erhalten und leben noch heute in Siedlungen ohne sauberes Wasser und ohne Elektrizität. Einer der Hauptabnehmer des Platins von Lonmin ist die deutsche BASF, der weltgrößte Chemiekonzern. Seine Versprechen, menschwürdige Wohnbedingungen im Umfeld der Minen zu finanzieren, hat der Konzern bis heute nicht gehalten.

Hierzulande käme niemand auf die Idee, BASF selbst zu überlassen, wie viele Chemieabfälle sie in den Rhein leiten darf. Doch wenn heute deutsche Unternehmen im Ausland den Verstoß gegen Mindeststandards bei der Beauftragung von Subunternehmen in Kauf nehmen oder sogar befördern, müssen sie sich dafür nicht vor deutschen Gerichten verantworten – selbst wenn es in dem betreffenden Land keine Aussicht auf ein ordentliches

Rohstoffimport: Abwälzung von Verantwortung über die Lieferkette

Die DR Kongo ist einer der weltweit größten Exporteure für Gold, Kobalt und Coltan. Die Importabhängigkeit der EU von Kobalt liegt bei 100 Prozent. Die DR Kongo zählt zu den fünf ärmsten Ländern der Welt und profitiert kaum vom meist illegalen informellen Rohstoffabbau. Deutsche Konzerne benötigen die mineralischen Rohstoffe für die Produktion insbesondere von Elektronik und Kommunikationstechnologie. Sie kaufen die Rohstoffe anonym bei Großhändlern in Indonesien oder Australien. Die Gewinnspanne zwischen Schürfern und Endabnehmern liegt bei rund 3000 Prozent. Während die Kleinschürfer im 21. Jahrhundert immer noch in handgegrabene Stollen kriechen, täglich ihr Leben riskieren und trotzdem in völligem Elend existieren, machen Konzerne und Zwischenhändler auf ihre Kosten vortrefflich Profit.

Gerichtsverfahren gibt. Bisher gibt die Politik so den Profitinteressen der deutschen Wirtschaft Vorrang vor der Durchsetzung universeller Menschenrechte.

Was macht die Bundesregierung?

Die Bundesregierung folgt in allen Fragen der Unternehmensverantwortung dem Prinzip der Freiwilligkeit – obwohl in den letzten 20 Jahren keine der zahllosen freiwilligen Selbstverpflichtungen der Privatwirtschaft eine substantielle Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der betroffenen Menschen im Globalen Süden gebracht hat. Da die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema jedoch nach Katastrophen mit bis zu über tausend Toten (Rana Plaza, Bangladesch 2013) in den letzten Jahren drastisch gestiegen ist, suggeriert die Bundesregierung in den letzten Jahren – vor allem mit folgenden zwei Vorzeigeprojekten – zumindest große Geschäftigkeit auf diesem Gebiet:

1. »Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte«

Bereits seit dem Jahr 1977 bemühen sich die Vereinten Nationen um verbindliche ökologische, soziale und menschenrechtliche Mindeststandards, die Unternehmen bei ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit verpflichtend einhalten sollen. Die »UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten« des Sonderberichterstatters für Menschenrechte und transnationale Unternehmen John Ruggie forderten bereits im Jahr 2011, dass Unternehmen Menschenrechtsverletzungen in der gesamten Produktionskette ausschließen und die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne über den aktuellen Stand und geplante Verbesserungen auf diesem Gebiet vorlegen sollen.

Die Bundesregierung begann erst im Jahr 2014 mit diesem Prozess, den das Kabinett diesen Sommer mit dem »Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte« abschließen will. Nach über zwei Jahren Beratung zwischen Bundesregierung, Wirtschaftsvertretern und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird ein äußerst mageres Ergebnis erwartet: Die Wirtschaftslobby hat sich voraussichtlich einmal mehr erfolgreich gegen jede Verbindlichkeit gewehrt. Der Aktionsplan wird so keine größeren Veränderungen anstoßen. Bis zum Jahr 2020 will die Bundesregierung gemeinsam mit der

Wirtschaft weiterevaluieren. Sie spielt im Sinne der Wirtschaftslobby auf Zeit, statt ihrer globalen Verantwortung für Menschenrechte gerecht zu werden.

2. »Bündnis für nachhaltige Textilien«

Ebenso Entwicklungsminister Gerd Müller (CDU) mit dem so genannten Textilbündnis: Gestartet im Jahr 2014, verkaufte er es pünktlich zum G7-Treffen in Elmau 2015 bereits als deutschen Exportschlager – und torpedierte damit auch auf internationaler Ebene einen französischen Gesetzentwurf, der zumindest formell das Ende der allumfassenden Freiwilligkeit einläuten wollte. Die deutschen Textilverbände warnten ihre Mitglieder jedoch vor einem Beitritt: Er verstoße gegen die eigenen wirtschaftlichen Interessen. Im Jahr 2015 empfahl der Modeverband »German Fashion« seinen Mitgliedern dann plötzlich den Beitritt. Es sei gelungen »alle problematischen Punkte aus dem Aktionsplan heraus zu verhandeln«. Das Textilbündnis dient seitdem vor allem dem »white washing« der großen Modemarken und ist ein reines Prestige-Projekt der Bundesregierung. Mittlerweile sind mit KiK und Primark sogar die schwarzen Schafe der Branche Mitglied. Ende des Jahres rechnet die Bundesregierung mit dem Beitritt von bis zu 75 Prozent der deutschen Modehersteller und -händler. Der quantitative Erfolg hat eine eindeutige Ursache: Qualitativ wird das Textilbündnis keinerlei Verbesserungen bringen.

Was will die Fraktion DIE LINKE?

Deutsche Unternehmen tragen neben den Regierungen der Gastländer die Hauptverantwortung für die Zustände in den Fabriken oder Bergwerken vor Ort. Die Durchsetzung von Menschenrechten darf deshalb nicht länger auf Freiwilligkeit beruhen. Die Bundesregierung muss aufhören, Scheindebatten zu führen und unverzüglich einen Gesetzentwurf vorlegen, der unter anderem

- den deutschen Unternehmen, die im Ausland produzieren oder produzieren lassen, menschenrechtliche und umwelttechnische Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette verbindlich auferlegt,
- eine zivilrechtliche Haftung für Menschenrechtsverstöße ausbaut und die Unternehmen, die im Ausland produzieren

oder produzieren lassen, dazu verpflichtet, für Menschenrechtsverletzungen ihrer Subunternehmen und Zulieferer zu haften, sofern sie Sorgfaltspflichten bei der Auswahl ihrer Geschäftspartner missachtet haben,

- es ermöglicht, auch Arbeitsrechtsfragen wie zum Beispiel Schadensersatzforderungen aufgrund exzessiver Arbeitsausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern zivilrechtlich zu verfolgen,
- die Zuständigkeit deutscher Gerichte erweitert, sodass bei Menschenrechtsverstößen im Ausland Klagen gegen Tochterunternehmen deutscher Konzerne vor deutschen Gerichten zulässig sind, und eine Notzuständigkeit deutscher Gerichte einführt,
- Sammelklagen vor deutschen Gerichten ermöglicht.

Zum Weiterlesen:

- › Antrag: Rechenschaftspflicht und entwicklungspolitisches Mandat der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG stärken (BT-Drs. 18/8657)
- › Antrag: Unternehmen in die Verantwortung nehmen – Menschenrechtsschutz gesetzlich regeln (BT-Drs. 18/5203)
- › Antrag: Herkunft von Konfliktrohstoffen konsequent offenlegen (BT-Drs. 18/5107)
- › Antrag: Für eine gerechte und entwicklungsförderliche internationale Rohstoffpolitik (BT-Drs. 17/6153)
- › »Unternehmen versus Menschenrechte« – Dokumentation Fachgespräch (1.7.2015) (<http://gleft.de/1mR>)



Fluchtgrund 6 Klimawandel

634.000.000

In wenigen Jahren wird der Klimawandel eine Hauptursache für eine Flucht- und Migrationsbewegung werden. Allein durch den ansteigenden Meeresspiegel können bis zu 634 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre angestammten Wohnregionen zu verlassen. Durch den riesigen Verbrauch von fossilen Energieträgern wie Kohle, Gas und Öl und die weltweite Zerstörung der Urwälder werden große Mengen an Treibhausgasen freigesetzt. Bisher haben Klimaflüchtlinge keinerlei Rechte und die den Klimawandel verursachenden Staaten übernehmen keine Verantwortung.

Die Erwärmung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wird weltweit zu irreversiblen Klimafolgen führen. Durch die Folgen des globalen Klimawandels sind Menschenrechte derer bedroht, die am wenigsten zu einem Anstieg der Treibhausgase beitragen. Fast zwei Drittel aller Menschen weltweit lebt nur 100 Kilometer von einer Küste entfernt. 30 der 50 größten Megacities liegen am Meer. Die Stadt Lagos, in der 21 Millionen Menschen leben, wird Ende dieses Jahrhunderts im Meer versunken sein. Ebenso wie die halbe Staatsfläche Bangladesch mit seinen 150 Millionen Menschen. Im Pazifik gehen ganze Inselstaaten unter.

In den letzten 30 Jahren sind etwa ein Drittel des Global zur Verfügung stehenden Weidelandes, ein Viertel des Ackerlands und über 20 Prozent der globalen Waldflächen zerstört worden. Etwa 12 Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbare Fläche werden jährlich zur Wüste. Die Zerstörung der Böden und Wälder führt im Globalen Süden zum Entzug der Lebensgrundlage der dort lebenden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

Der Kampf gegen die Fluten in Papua Neuguinea

Am 24. November 2005 entschied die Regierung von Papua Neuguinea, die 980 Einwohnerinnen und Einwohner der Carteret-Inseln auf eine 100 Kilometer entfernte Inselgruppe zu evakuieren. Damit gab die Regierung von Papua Neuguinea den jahrzehntelangen Kampf gegen die steigenden Fluten im Südpazifik auf. Durch die zunehmenden Salzwasserüberschwemmungen wurden die Böden unfruchtbar. Häuser wurden überschwemmt und nicht mehr bewohnbar. Sie waren die ersten Menschen, die offiziell als Klimaflüchtlinge bezeichnet wurden.

Klimaschutz-Maßnahmen der Industrieländer zerstören im globalen Süden die Lebensweisen ganzer Völker. In Thailand dürfen indigene Völker nicht mehr ihre Wälder nutzen, da diese von den Regierungen als anrechenbare CO₂-Einsparung für die Industrieländer abgeriegelt werden. Ähnliches geschieht auch mit Agrarflächen, die für die Produktion von Biokraftstoffen genutzt werden. Der Klimawandel werde laut Nnimmo Bassey, Träger des Alternativen Nobelpreises, dazu führen, dass »Afrika bald ein Kontinent ohne Afrikanerinnen und Afrikaner« sein werde. Er spricht von einer »historischen Kolonisation der Atmosphäre durch die Industriestaaten«.

»Survival Migrants« – auf der Suche nach einem Ort zum Überleben

Migrationsbewegungen aufgrund des Klimawandels führen zu einer Landflucht und so zu einer weiteren Zunahme von Slums und Elendsvierteln. Im Jahr 2050 wird ein Drittel aller Bewohnerinnen und Bewohner der Erde in informellen Siedlungen leben, mit einem Mangel an sauberem Wasser, sauberer Luft und an menschenwürdigem Wohnraum.

Die industrialisierten Länder des Globalen Nordens mit ihren hohen CO₂-Emissionen spüren bislang wenig von den Folgen globaler Erwärmung und sind zugleich finanziell besser ausgestattet, um sich an diese anzupassen. Immer mehr Aktivistinnen, Aktivisten und Betroffene aus dem Globalen Süden fordern ihre Rechte ein: »Die Industrieländer sind die Hauptverantwortlichen für die Erderwärmung, also sind sie verpflichtet, diese Menschen aufzunehmen«, sagt der Bauern-Aktivist Rahman aus Bangladesch.

Eine gültige Definition von »Klimaflüchtlingen« und »Klimawandel« existiert bislang nicht. Menschen, die vor den Folgen des Klimawandels fliehen müssen, stehen keine juristischen Schutzinstrumente zur Verfügung. Der neu in der UN-Diskussion verwendete Begriff der »Survival Migrants« macht deutlich, dass es für viele Klimaflüchtlinge um das schlichte Überleben geht. Klima-Flüchtlinge haben niemals mehr die Chance, in ihre Regionen zurückzukehren.

Wassermangel durch Klimawandel

Mehr als 700 Millionen Menschen haben aktuell keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. In Zentralasien, im südlichen Afrika, rund um das Mittelmeer sowie im Nahen und Mittleren Osten wird der Kampf um sauberes Trinkwasser zunehmen. Durch den Anstieg der Temperaturen droht die Süßwassermenge durch eine Verringerung des sogenannten Oberflächenabflusss um bis zu 30 Prozent bei einer Erwärmung von 2°C zurückzugehen. In diesen Regionen könnte bis zum Jahr 2090 der Anteil des von extremer Dürre befallenen Landes von 3 auf 30 Prozent steigen. Die ansteigende Trockenheit trifft vor allem die armen ländlichen Bevölkerungsschichten. In Afrika und Westasien könnten so die Ernten um etwa 25 bis 35 Prozent sinken, was zu zusätzlich 250 bis 550 Millionen hungernden Menschen führen kann.

Was machen Deutschland und die Bundesregierung?

In klimapolitischen Fragen herrscht ein marktliberaler Neo-Kolonialismus: So viel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig. Eines der wichtigsten Instrumente ist der Emissionshandel auf der Grundlage des Kyoto-Abkommens. Die Grundidee war: Ein Unternehmen oder ein Staat erkauft sich mit Zertifikaten das Recht, die Luft mit CO₂ zu verschmutzen.

Wer mehr Luft verpestet, als es vereinbart war, kann das Recht auf Luftverschmutzung kaufen: Kohlendioxid als Handelsware. Als weitere Klima-Instrumente gibt es den REDD-Waldschutzmechanismus (Reduzierung von Emissionen aus Entwaldung und Degradierung von Wäldern) und den Clean Development Mechanismus (CDM), die beide stark durch die Bundesregierung vorangetrieben werden. Bei beiden Instrumenten werden die Menschen im Globalen Süden zu Parkwächtern der grünen Lunge der Industriestaaten. Während die Industrieländer weiter wirtschaften können, wie bisher, drohen Länder des Globalen Südens zudem von einer für ihre Entwicklung notwendigen Industrialisierung abgeschnitten zu werden.

Deutschland ist auf der Weltrangliste der CO₂-Sünder auf Platz sieben und ist viertgrößter Exportfinanzierer für Kohle. Im Jahr 2014 lag die Steinkohleförderung bei 1,6 Milliarden Euro. Statt ein Kohleausstiegsgesetz in Deutschland auf den Weg zu bringen und öffentliche Gelder für Klimaschutz bereit zu stellen, erhalten die großen Energieversorgungsunternehmen Steuergeschenke in Milliardenhöhe. Die öffentliche Unterstützung belief sich in den Jahren 2007 bis 2014 weltweit auf 73 Milliarden US-Dollar, Deutschland steht mit 6,8 Milliarden an vierter Stelle. Im Jahr 2013 veröffentlichte der »Carbon Majors Report« die 90 größten Klimasünder. Dieser zeigt, dass die größten Öl-, Gas-, Kohlekonzerne sowie Zementproduzenten für 63 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind. In der Liste tauchen auch die drei deutschen Unternehmen RWE, RAG und HeidelbergCement auf. Noch immer investieren die Commerzbank, Deutsche Bank und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ungeachtet der voranschreitenden Erderwärmung in fossile Energieträger.

Nur ein grundsätzlicher Wandel der herrschenden Wirtschaftslogik und eine Beendigung der Wachstumsideologie können den Klimawandel noch verlangsamen. Die Debatte um Migration als »sinnvolle Anpassung« an den Klimawandel führt weg von der entscheidenden Frage nach Rechten und Kompensationszahlungen. Klimaflüchtlinge werden unter Berufung auf »Hilfe zur Selbsthilfe«

und »Resilienz« von den Ländern des Nordens im Stich gelassen. Beim Weltklimaweltgipfel im Dezember 2015 bestand erstmals Einigkeit darüber, dass schon eine Erderwärmung von 1,5 Grad zu viel für das Gleichgewicht auf der Erde ist. Eine Umverteilung von Technologie und Finanzen von Nord nach Süd ist Teil des Abkommens, genauso wie die Rechte von Klimaflüchtlingen und die Rechte über Entschädigungen bei Schäden und Verlusten durch Klimawandel. Doch die vereinbarten Ziele sind nicht völkerrechtlich verbindlich. Es fehlen Sanktionen und die nationalen Klimaschutzbeiträge sind viel zu niedrig. Die jüngsten Zusagen von jährlich 100 Milliarden Dollar an Länder des Globalen Südens ab dem Jahr 2020, die zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zur Verfügung gestellt werden sollen, decken nicht ansatzweise die entstehenden Kosten.

Was will die Fraktion DIE LINKE?

Die Hauptverursacher des Klimawandels – die Länder des Globalen Nordens – müssen ihre Politik deutlich ändern. Notwendig ist eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die mit dem Ziel der Dekarbonisierung der Wirtschaft den Klimawandel verlangsamt. Die Industriestaaten des Globalen Nordens müssen Verantwortung für die Folgen des Klimawandels übernehmen. Nicht die »Festung Europa«, sondern offene Grenzen für Menschen in Not müssen das Ziel sein. Klimaflucht muss als neuer Asyltatbestand international anerkannt werden. Durch Kompensationen nach dem Verursacherprinzip sollten die Industrieländer und die »Carbon Majors« für Schäden und Verluste in armen Ländern durch den Klimawandel aufkommen. Der Klimawandel ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und eine Frage der Wahrung des Friedens auf unserer Erde.

Zum Weiterlesen:

- EA zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur UN-Klimakonferenz in Paris (BT-Drs. 18/6881)
- »Auf der Flucht vor humanitären Krisen: zur sozialen Dimension des Klimawandels« – Konferenz-Dokumentation (3./4. Juli 2015) (<http://gleft.de/1mO>)
- »PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau« (<http://gleft.de/1mQ>)

Allgemeine Anträge und EA der Fraktion DIE LINKE:

- › EA zum Europäischen Rat am 17./18.12.2015 (EU-Türkei) (BT-Drs. 18/7045)
- › Fluchtursachen bekämpfen (BT-Drs. 18/7039)
- › EA zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu den Ergebnissen des Informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 23. September 2015 in Brüssel und zum VN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung vom 25. bis 27. September 2015 in New York (BT-Drs. 18/6083)
- › EA zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Gipfel Östliche Partnerschaft am 21./22. Mai 2015 in Riga, zum G7-Gipfel am 7./8. Juni 2015 in Elmau und zum EU-CELAC-Gipfel am 10./11. Juni 2015 in Brüssel (BT-Drs. 18/4935)
- › EU-Afrika-Gipfel – Partnerschaft an Gerechtigkeit und Frieden ausrichten (BT-Drs. 18/503)
- › Gefahr von Menschenrechtsverletzungen durch Vorverlagerung des Grenzschutzes der Europäischen Union (BT-Drs. 18/229)
- › EA zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksachen 17/11250, 17/11614 Nr. 1.1, 17/13848 – Zehnter Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik (BT-Drs. 17/14212)
- › VI. EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Madrid: Den Aufbruch zur zweiten Unabhängigkeit Lateinamerikas solidarisch unterstützen (BT-Drs. 17/1403)

Broschüren und Dokumentationen:

- › Clara (Ausgabe 37): »Flüchtlinge Willkommen!« (<http://gleft.de/1mX>)
- › Luxemburg argumente: »Gegenhalten – Flüchtlinge Willkommen – immer noch!« (<http://gleft.de/1n0>)
- › Folder: »Soziale Ungleichheit global beenden!« (<http://gleft.de/1mS>)
- › »Umverteilen weltweit – für eine solidarische und sozial gerechte Welt: Entwicklungspolitische Leitlinien« (<http://gleft.de/1mN>)
- › »PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau« (<http://gleft.de/1mQ>)

www.linksfraktion.de